

## AUS DEM INHALT:

### ■ Seite 3-4

Das aktuelle Interview  
Dr. Hans-Joachim Ziesing



### ■ Seite 7

sei erneuerbar – sei Initiative –  
sei ClubE!



### ■ Seite 8-9

Solarer Lebensstil



### ■ Seite 12

Wohnprojekt  
„Lebens(t)raum Johannisthal“

## Zivilgesellschaftliches Engagement ist für den Klimaschutz unabdingbar!

„Global denken – lokal handeln“ – dieses Motto ist Ausgangspunkt einer Vielzahl von Initiativen und Einzelpersonen in Berlin, die mal spontan und kurzlebig, vielfach sehr kontinuierlich und langfristig, aber in jedem Fall mit ungemein großem Engagement im Klima- und Umweltschutz tätig sind.

Das zivilgesellschaftliche Engagement trägt dafür Sorge, dass dem Klimaschutz auch dann die erforderliche Öffentlichkeitswahrnehmung zukommt und Veränderungsdruck in Richtung individuelles Umdenken, wirtschaftliches Umsteuern sowie politische Rahmensetzung erfolgt, wenn der Medien-Hype gerade ein anderes Thema entdeckt hat.

Global stellen die 1992 in New York City verabschiedete und im gleichen Jahr auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro von den meisten Staaten unterschriebene Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und das daran angeschlossene Kyoto-Protokoll die bislang einzigen völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zum Klimaschutz dar. Im Kyoto-Protokoll, das mittlerweile von fast allen Staaten mit Ausnahme der USA und Australiens ratifiziert worden ist, wurde die Reduktion der Treibhausgasemissionen aller industrialisierten Staaten auf ein bestimmtes Niveau festgeschrieben. Es enthält aus Sicht des Klimaschutzes jedoch nur vergleichsweise geringe und unzureichende Reduktionsverpflichtungen, die zudem nicht über das Jahr 2012



© Franz Pfluegl - Fotolia.com

hinaus reichen. Deshalb läuft derzeit der sogenannte Post-Kyoto-Prozess, in dem über die Zukunft der Klimapolitik verhandelt wird. Der Erfolg der im kommenden Jahr stattfindenden Klima-Konferenz in Kopenhagen wird deshalb daran gemessen werden, ob es gelingt, wirksame Klimaschutzmaßnahmen verbindlich festzulegen und dabei eine Vereinbarung zwischen den Industrieländern und den starken Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien zu erreichen sowie die Entwicklungsländer auch mit finanziellen Beiträgen beim Klimaschutz zu unterstützen. Ein Schlüssel dafür wird nicht zuletzt der neu gewählte US-Präsident Barack Obama sein, von dem auch klimapolitisch ein „Change – we can believe in“ erwartet wird.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) haben sich im März 2007 auf das Ziel verständigt, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um

mindestens 20 % zu senken (im Vergleich zu 1990). Die Europäische Kommission hat dazu im Januar 2008 gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet, so z. B. im Hinblick auf eine Revision des EU-Emissionshandelssystems, die nunmehr dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Entscheidung vorliegen, wobei eine Einigung bis Ende 2008 angestrebt wird.

Der Senat von Berlin hat im Sommer 2008 auf Initiative der Umweltsenatorin Katrin Lompscher ein klimaschutzpolitisches Arbeitsprogramm verabschiedet, das auf dem bereits 2006 beschlossenen Landesenergieprogramm aufbaut und über das europäische Ziel hinausgeht. Mit dem klimaschutzpolitischen Arbeitsprogramm hat sich der Senat verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen Berlins bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

■ Fortsetzung auf Seite 2



## Zivilgesellschaftliches Engagement ist für den Klimaschutz unabdingbar!

### ■ Fortsetzung von Seite 1

Angesichts der Tatsache, dass global gesehen die CO<sub>2</sub>-Emissionen trotz aller Beschlüsse nicht abgesunken, sondern angestiegen sind, könnte dieses Berliner Ziel leicht als ein Lippenbekenntnis wahrgenommen werden. Werfen wir einen Blick auf die bisher erreichten CO<sub>2</sub>-Reduktionen in Berlin, wird jedoch deutlich, dass der Senat es ernst meint. Bisher hatten Senat und Abgeordnetenhauses sich dazu verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2010 um 25 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel wurde 2005 bereits erreicht. Doch nur wenn jetzt nicht nachgelassen wird, sondern weitergehende Maßnahmen beschlossen und vor allem umgesetzt werden, kann Berlin seinen Beitrag zur Erfüllung der deutschen und europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen leisten.

Da die Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre gezeigt haben, dass Klimaschutzpolitische Maßnahmen nur dann wirksam sind, wenn möglichst viele Akteure einbezogen sind, ist auch das Klimaschutzpolitische Arbeitsprogramm des Senats darauf ausgerichtet, Partner in der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft Berlins zu finden und zu aktivieren.

Wie eng und erfolgreich Initiativen, Einzelpersonen, Unternehmen und Politik in Berlin zusammenarbeiten, ist an einigen Beispielen abzulesen.

Berlin ist ein wichtiger Gesundheitsstandort. Die über 50 Krankenhäuser im Krankenhausplan des Landes stehen vor der Aufgabe, neue technische Geräte einzusetzen und gleichzeitig Energie und damit verbundene Kosten einzusparen. Nach unabhängigen Erhebungen könnten die Krankenhäuser bundesweit

ca. 600 Mio. Euro an Energiekosten einsparen und dabei jährlich 6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> vermeiden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) hat deshalb, unterstützt von der Berliner Energieagentur (BEA), ein Projekt „Gütesiegel Energiesparendes Krankenhaus“ aufge-



Berlin leistet seinen Beitrag zur Erfüllung der deutschen und europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele.

legt. Bundesweit wurden bislang 25 Krankenhäuser ausgezeichnet, darunter allein sieben in Berlin.

Eine ökologische Wohnsiedlung in Johannisthal und Berlins größtes Solardach-Projekt waren in diesem Jahr die beiden Haupt-Preisträger der Initiative „KlimaSchutzPartner Berlin“, die bereits zum siebten Mal vergeben wurde. Durch die Projekte der bisherigen Preisträger zur Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien wird der Ausstoß von 18.000 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich verhindert.

Vor wenigen Wochen erst erhielt der Trägerverein Lichtenrader Volkspark e.V. den diesjährigen Umweltpreis des BUND in der Kategorie Umweltengagement. Der Verein betreibt seit 1979

den Lichtenrader Volkspark. In eigener Regie gestalten, pflegen und betreiben Bürger und Bürgerinnen aus Lichtenrade das 40.000 m<sup>2</sup> große öffentliche Parkgelände für die Allgemeinheit.

Neben Energiesparmaßnahmen insbesondere im Gebäudebestand wird eine noch bessere Nutzung der erneuerbaren Energien in Berlin der Schlüssel künftiger CO<sub>2</sub>-Reduktionen sein. Das genannte Solardach-Projekt der Firma „30° Solar“ mit einer Fläche von 21.700 m<sup>2</sup> und

einer Leistung von 1.055 Kilowatt gehört ebenso dazu wie das erste 180 Meter hohe Windrad Berlins mit einer Leistung von ca. zwei Megawatt. Dessen geplante Jahresproduktion entspricht dem Bedarf von mehr als 1.000 Vier-Personen-Haushalten.

Nicht zu vergessen die mit einer Kollektorfläche von 1.900 m<sup>2</sup> größte Solar-Strom-Anlage der Hauptstadt, die von den Berliner Wasserbetrieben im Frühjahr 2008 ans Netz ging. Hiermit lässt sich der Trinkwasserbedarf von mehr als 8.500 Berlinern aus der Tiefe pumpen, aufbereiten und durch das Rohrnetz ins Haus transportieren.

Der Solarverein Berlin Brandenburg e.V. errichtet seit einigen Jahren sogenannte Bürgersolar-

anlagen und berät andere Solarinitiativen. Das gerade gebaute Sonnendach in Kuhhorst ist die siebte und bisher größte Investition des Vereins. Die eine Hälfte der Investition tragen seine Mitglieder, die andere steuerte die Behindertenwerkstatt Mosaik bei, die den Ökohof betreibt und dort rund 70 Menschen beschäftigt.

Wer bei den Projekten des Solarvereins mitmachen will, muss mindestens 500 Euro einzahlen – eine sehr günstige Investition in erneuerbare Energien! Der Höchsteinsatz pro Anlage liegt bei 10.000 Euro, um Großinvestoren fernzuhalten. Schließlich geht es hierbei um Bürgerengagement.

Mit Mitteln des Bundes und der Arbeitsmarktförderung werden künftig in Berlin Langzeitarbeitslose zu Energieberatern ausgebildet, die – in Zusammenarbeit mit Stadtteil- und Quartiersmanagement, Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften – anderen Hilfestellung bei der individuellen Energiereduktion geben sollen. Diese Verknüpfung von Klimaschutz und Beschäftigungsförderung ist klima- und sozialpolitisch beispielgebend.

Klimaschutz geht alle an. Und Klimaschutz braucht Partner. In Berlin tragen Politik, Wirtschaft und Ehrenamtliche gemeinsam dazu bei, dass Klimaschutz erfolgreich betrieben wird. Und damit sind wir auf einem guten Weg.

■ **Autor:**

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff  
Staatssekretär  
Senatsverwaltung für  
Gesundheit, Umwelt und  
Verbraucherschutz